

## **Nicht gut für unser Land Die Oppositionsbilanz von CDU, CSU und FDP 2002-2005**

16 Jahre lang haben CDU/CSU und FDP regiert. 16 Jahre lang haben sie es versäumt, dringend notwendige Reformen anzupacken. Ihre Regierungsbilanz war vernichtend: Aus sitzen, Wegtauchen, Stillstand. Mitverantwortlich für diesen Reformstau: Angela Merkel, fast 8 Jahre Ministerin im Kabinett Kohl.

Aus ihrer Wahlniederlage 1998 haben CDU/CSU und FDP nichts gelernt. Angela Merkel setzte Kohls Kurs, wie gelernt, fort. Mit alten Rezepten haben CDU und CSU es auch in der Opposition nicht besser gemacht. Ihre Oppositionsbilanz: Keine klaren Konzepte für mehr Wachstum in Deutschland. Stattdessen die immer gleichen Forderungen, unbezahlbare Versprechen und Widersprüche:

- Die Einschränkung der Arbeitnehmerrechte als Allheilmittel – wie beim „Pakt für Deutschland“.
- Vollmundige Ankündigungen von Reformen, von denen schon jetzt nichts mehr übrig ist – wie beim „Steuerkonzept 21“.
- Widersprüche und Taktierereien – wie bei der Kinderbetreuung und der Forschungsförderung.

Angela Merkels Politik der alten Rezepte und vollmundigen Ankündigungen sind das eine. Die Blockade der CDU/CSU im Bundesrat das andere. In der laufenden Legislaturperiode wurde der Vermittlungsausschuss 101mal angerufen – bei mehr als einem Viertel aller Gesetze. 29 Einsprüche des Bundesrates mussten zurückgewiesen werden – fast so viele wie in den zurückliegenden 14 Wahlperioden insgesamt. CDU/CSU missbrauchen den Bundesrat, um vernünftige Lösungen zu verschleppen oder zu verhindern.

Angela Merkel war eine Defensivspielerin in Kohls Stillstandsmannschaft. Als Oppositionsführerin hat sie keine neuen Ideen. Die schwarz-gelbe Bilanz der vergangenen drei Jahre im Deutschen Bundestag zeigt: Die Politik von CDU/CSU und FDP ist nicht gut für unser Land. Mit Angela Merkel und Guido Westerwelle ist die soziale Erneuerung Deutschlands nicht zu machen.

Nachfolgend sind ausgewählte Anträge und Initiativen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP aus dieser Legislaturperiode aufgeführt, kommentiert und um Zitate von Oppositionspolitikern ergänzt.

## 1) Wirtschaft und Arbeit: Schwarz-Gelb gegen Arbeitnehmerrechte

### CDU/CSU Anträge:

**Pakt für Deutschland**  
Drs. 15/4831, 15.02.2005

**Für eine nationale Kraftanstrengung –  
Pakt für Deutschland umsetzen**  
Drs. 15/5322, 19.04.2005

- Einschränkung Arbeitnehmerrechte (Kündigungsschutz)
- Ende Flächentarifvertrag
- Schröpfung Bundesagentur für Arbeit (keine Qualifizierungsmaßnahmen mehr)

### **Bewertung**

*Der Union geht es vor allem um eines - sie will ihre Klientel erfreuen. Sie nutzt die schwierige Situation am Arbeitsmarkt, um alte Forderungen endlich durchzusetzen und Arbeitnehmerrechte einzuschränken. Doch mit diesen alten Rezepten bewältigt sie gerade nicht die Herausforderungen. Nur eines ist sicher, auch wenn die Union es sich schönredet: Der Abschied von der sozialen Marktwirtschaft ist ihr Ziel.*

### **Zitate**

- *Angela Merkel will alles „niederwalzen“:*  
„Die Union will ... der Schaffung neuer Arbeitsplätze alles unterordnen. „Alles muss dafür auf den Prüfstand“ ... Wo es Bremsklötze gebe, „da müssen wir sie niederwalzen“ ...“ (Angela Merkel, Berliner Zeitung v. 13.06.2005)
- *Zur Absenkung des Beitrags zur AL-Versicherung gibt es Widerspruch aus den eigenen Reihen. So klappt es nicht mit dem „durchregieren“:*  
„Die Senkung des Arbeitslosenbeitrags sei „ja ein schönes Ziel“ ... „Aber man muss erst mal durchrechnen, ob das überhaupt zu erreichen ist. Ich will nicht, dass am Ende kein Geld mehr bleibt für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.“ (Georg Milbradt, dpa v. 17.06.2005)
- *Weg vom Flächentarifvertrag – ein Allheilmittel für CDU/CSU:*  
„Den Abwanderungsdruck aus Deutschland und den Druck durch Kapitalflucht kann man relativ einfach stoppen. Betriebliche Bündnisse für Arbeit wären das geeignete Signal.“ (Roland Koch, Handelsblatt v. 20.06.2005)

### CDU/CSU Antrag:

**Weichen stellen für eine  
bessere Beschäftigungspolitik –  
Wachstumsprogramm für Deutschland**  
Drs. 15/2670, 9.03.2004

- Einschränkung Arbeitnehmerrechte (Kündigungsschutz)
- Aufheben des „erleichterten Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose“

### **Bewertung**

*Auch in diesem Antrag zeigt sich: Die Einschränkung der Arbeitnehmerrechte sind das Wundermittel für die CDU/CSU. Neue Ideen: Fehlanzeige.*

### **Zitat**

- *Friedrich Merz redet sich seine Idee schön:*  
„In der Schweiz gibt es gar keinen Kündigungsschutz – und Vollbeschäftigung. ... Wir sagen deshalb: lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos. Wenn wir damit nachweisen, daß weniger Schutz zu mehr Beschäftigung führt, können wir eines Tages ganz

auf den besonderen Kündigungsschutz verzichten.“ (Friedrich Merz, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 25.07.2004)

**CDU/CSU Gesetzentwurf:**                    **Entwurf eines Gesetzes**  
**zur**  
**Modernisierung des Arbeitsrechts**  
Drs. 15/1182, 18.08.2003

- 12 Monate Arbeitslosengeld I erst nach 10 Jahren Tätigkeit, maximale Zahldauer 18 Monate
- Einschränkung Arbeitnehmerrechte
- Aufheben des „erleichterten Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose“

**Bewertung**

*Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt konnte sich kaum zurückhalten, so wollte er gegen die Reformen am Arbeitsmarkt demonstrieren – die CDU/CSU aber mitgetragen hatten. Politiker von Schwarz-Gelb kritisierten scheinheilig Hartz IV und hatten doch ganz andere Pläne: Erst nach zehn Jahren Berufstätigkeit sollen Menschen Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld I haben! Eine verlogene Diskussion bei CDU/CSU.*

**Zitat**

- *Was CDU/CSU von wichtigen Förderprogrammen halten:*  
„Mit monatelangen Programmen, die am Ende nicht zu einem Job führen, muss Schluss sein. Umschulungen und Qualifizierungen gibt es nur noch, wenn die konkrete Hoffnung auf einen Arbeitsplatz besteht.“ (Roland Koch, Bild am Sonntag v. 26.06.2005)

**CDU/CSU Antrag:**                    **Handwerk mit Zukunft**  
Drs. 15/1107, 4.06.2003

- Gegen Bürokratieabbau
- Keine Erleichterungen für Existenzgründer

**Bewertung**

*Das Ceterum censeo von CDU/CSU: Wir brauchen Bürokratieabbau! Die Bundesregierung hat konkrete Schritte unternommen und hat Existenzgründern im Handwerk vieles erleichtert. Die Union war dagegen.*

**Zitat**

- *Sonntagsreden ohne Wirkung:*  
„Wir brauchen einen Vertrag, in dem die Union eine Reihe von Dingen zusichert wie Steuerreform, Bürokratieabbau oder die Reform der sozialen Sicherungssysteme“ (Christian Wulff, Handelsblatt v. 08.06.2005)

**FDP Antrag:**                    **Vorfahrt für Arbeit (2)**  
**Neue Chancen für Arbeitsplätze und**  
**Investitionen durch weniger Funktionsrechte**  
Drs. 15/ 5458, 11.05.2005

(Vorfahrt für Arbeit! Der Weg nach vorne für Deutschland und Europa, 19.04.2005)

- Schwächung Tarifverträge
- Entmachtung der Gewerkschaften – Warnstreiks nur nach Schlichtungsverfahren / Abschaffung paritätische Mitbestimmung

## **Bewertung**

*Für Guido Westerwelle und die FDP sind das die Gewerkschaften die Wurzel allen Übels. Das marktradikale Anhängsel von CDU/CSU hat diese Sicht in den Bundestag eingebracht. Arbeitsplätze schafft das nicht.*

## **Zitat**

- „Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland. Die Politik der Gewerkschaften kostet mehr Jobs, als die Deutsche Bank je abbauen könnte.“ (Guido Westerwelle, Focus v. 02.05.2005)

## **FDP Anträge:**

### **Konzernmitbestimmung neu ordnen, Aufsichtsräte und Eigentümerrechte stärken**

Drs. 15/4038, 27.10.2004

### **Reform des Tarifvertragsrecht zur Sicherung der betrieblichen Bündnisse**

Drs. 15/2861, 31.03.2004

- Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung
- Beseitigung Gewerkschaftsprivileg

## **Bewertung**

*Auch hier das Ziel des Leichtmatrosen: Weg mit den Gewerkschaften. Das marktradikale Anhängsel von CDU/CSU wollen damit Verbesserungen erreichen. Die Schwächung der Gewerkschaften ist der rote Faden der FDP-Politik.*

## **Zitat**

- *Westerwelle gegen Hunderttausende Arbeitnehmer:*  
„Dass Frau Engelen-Kefer und Herr Bsirske gegen ihre Entmachtung Hunderttausende auf die Straße bringen werden, damit muss ich rechnen. Wir müssten solche Massenprotest im Interesse der Gesundheit Deutschlands in Kauf nehmen.“ (Guido Westerwelle, Focus v. 02.05.2005)

## **FDP Antrag:**

### **Reform des Kündigungsschutzgesetzes – Abschaffung von Hemmnissen für die Einstellung neuer Mitarbeiter**

Drs. 15/3724, 22.09.2004

- Einschränkung Arbeitnehmerrechte

## **Bewertung**

*Die FDP will den Kündigungsschutz abschaffen, Arbeitnehmerrechte schleifen und Gewerkschaften schwächen. Und trotzdem glaubt Guido Westerwelle:*

*„Wir sind eine bessere Vertretung der Arbeitnehmer als diese funktionärischen Gewerkschaftsvertreter“ (Guido Westerwelle, Berliner Zeitung v. 06.05.2005)*

## **FDP Antrag:**

### **Neuordnung der Bundesagentur für Arbeit durch Auflösung**

Drs 15/2421, 28. 01. 2004

- Abschaffung BA

## **Bewertung**

„Effizienz“ will die FDP. Doch die Abschaffung der BA bedeutet auch das Ende von wichtigen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, speziellen Förderungen für Frauen oder Ich-AGs.

## **Zitat**

- „Die Arbeitsverwaltung muss effizienter werden. Eine echte Chance auf den notwendigen Neuanfang gibt es nur, wenn die BA aufgelöst wird. Das ermöglicht einen Neuanfang ohne Einflussnahme der Selbstverwaltung und ohne tarif- und dienstrechtliche Einschränkungen.“ (Dirk Niebel, Rheinischer Merkur v. 14.07.2005)

## **FDP Antrag:**

### **Meisterbrief erhalten und Handwerksordnung zukunftsfest machen**

Drs. 15/1108, 4.06.2003

- Gegen Bürokratieabbau

## **Bewertung**

*Auch hier: Vollmundige Versprechungen. Wenn es mit dem Bürokratieabbau aber ernst wird, versperrt sich die FDP sinnvollen Lösungen.*

## **Zitat**

- „... wir haben vorgerechnet, wie mit Maßnahmen von Subventionsabbau bis Bürokratieabbau 33 bis 36 Milliarden Euro erwirtschaftet werden können. ...“ (Guido Westerwelle, Frankfurter Rundschau v. 23.06.2005)

## **FDP Antrag:**

### **Perspektiven für eine marktwirtschaftliche Förderung erneuerbarer Energien**

Drs. 15/1813, 22.10.2003

- Weniger Förderung für erneuerbare Energien, schwächt Innovationspotential, tut nicht alles für Arbeitsplätze

## **Bewertung**

*CDU/CSU und FDP formulieren in ihren energiepolitischen Anträgen den Wunsch nach einem „ausgewogenen Energiemix“. Was das für Angela Merkel bedeutet ist klar: Mehr Atomkraft. Die Opposition verkennt die Bedeutung der erneuerbaren Energien, sie schwächt damit das Innovationspotential und gefährdet Arbeitsplätze.*

## **Zitat**

- *Guido Westerwelle hat keine Ahnung von erneuerbaren Energien:*  
„Ich bin dagegen, dass sich Windräder durch Subventionen auch noch in windstillen Kreuzberger Hinterhöfen rechnen, nur damit die Grünen ihre Klientel bedienen können.“ (Generalanzeiger v. 02.06.2004)

## **FDP Antrag:**

### **Wettbewerbsbedingungen bei Vertrieb von Postdienstleistungen schaffen**

Drs. 15/579, 12.03.2003

- Postversorgung vor Ort nicht flächendeckend gewährleistet

### **Bewertung**

*Wettbewerb in einer sozialen Marktwirtschaft ist eine gute Sache. Wenn Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr erfüllt werden und vor allem ländliche Regionen Probleme haben, dann geht das zu weit. Doch genau das will die FDP.*

### **FDP Antrag:**

### **Bergschäden regulieren - kohlepolitische Weichenstellung vornehmen**

Drs. 15/475, 19.02.2003

- Widerspruch: In PM Abschaffung aller Subventionen gefordert, in Anträgen nur vage Formulierungen

### **Bewertung**

*In ihren Anträgen bleibt die FDP vage und vorsichtig, deutlicher ist sie in ihren Pressemitteilungen: „Der heimische Steinkohlebergbau wird nie wettbewerbsfähig sein. Die Subvention dieser Branche ist die Lebenslüge des Landes Nordrhein-Westfalen. Die von uns geforderte nationale Ausstiegskonferenz wird deshalb ein Befreiungsschlag für NRW werden.“ (Christian Lindner, Pressemitteilung v. 03.05.2005)*

## 2) Steuern und Finanzen: Schwarz-Gelb unsolide und unseriös

### CDU/CSU Antrag: Ein modernes Steuerrecht für Deutschland Konzept 21

Drs. 15/2745, 23.03.2004

- Bierdeckel-Konzept von Friedrich Merz

#### **Bewertung**

*Bisher hat die Union in der Steuerpolitik schöne bunte Luftschlösser gebaut. Jetzt muss sie konkret werden und man sieht: Die Union hat kein Konzept und keinen klaren Kurs und im Oppositionslager gibt es handfesten Krach. Von einem einfachen Konzept keine Spur. Stattdessen: Stückwerk. Mit der Mehrwertsteuererhöhung sollen gleich mehrere Vorhaben gegenfinanziert und Länderhaushaltslöcher gestopft werden. Der Spitzensteuersatz sinkt nicht ganz so stark wie geplant – und von dieser „Ersparnis“ werden weitere Vorhaben finanziert. So rechnen CDU/CSU. Das Wahlprogramm von CDU/CSU hat eine Deckungslücke von rund 50 Milliarden Euro.*

*Fest steht: CDU und CSU haben jahrelang den Abbau von Steuersubventionen blockiert und damit die schwierige Finanzlage mit verschuldet. 17 Milliarden Euro sind es, die Bund, Ländern und Kommunen Jahr für Jahr fehlen und die die Union zu verantworten hat.*

#### **Zitate**

- „... der Bierdeckel – er kommt wieder und er wird in der Einkommensteuer ein ganz einfaches Einkommensteuerverfahren ermöglichen.“ (Friedrich Merz, ZDF – Berlin direkt – v. 19.06.2005)
- „Unser Konzept 21 mit der ersten Stufe liegt ja auf dem Tisch. Wir werden noch einmal draufschauen, ob es zu den gegenwärtigen Bedingungen paßt. Aber im Grundsatz wird dies ein Sofortschritt sein.“ (Angela Merkel, Die Welt v. 01.06.2005)
- „Am Ende werden wir die Steuerreform ohne nennenswerte Nettoentlastung machen müssen.“ (Peter Müller, Der Spiegel v. 11.07.2005)

### CDU/CSU Antrag: Finanzkraft der Kommunen stärken – Kommunale Selbstverwaltung sichern

Drs. 15/1217, 24.06.2003

- Ablehnung der Gemeindefinanzreform

#### **Bewertung**

*CDU/CSU können es nicht ernst meinen, wenn sie Entlastungen für Länder und Kommunen fordern. Die Blockade beim Steuervergünstigungsabbaugesetz und die Diskussionen bei der Gemeindefinanzreform verhindern Entlastungen für Kommunen in Milliardenhöhe.*

*Ein weiteres Beispiel: Das jahrelange Blockieren der Eigenheimzulage. Da geht es auch um Entlastungen für Länder und Kommunen. Schon drei Jahre nach Inkrafttreten könnten die Länder mit fast 1,3 Milliarden Euro freien Mitteln beispielsweise rund 30.000 zusätzliche Lehrer einstellen. Und mehr: Die Kommunen hätten endlich das Geld für die nötigen Sanierungen von Schulen oder Sportplätzen.*

#### **Zitat**

- Was von Finanzversprechungen der Union zu halten ist – die „Ehrlichkeit“ von CDU/CSU: „Ein Ja der Union zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer schloss sie „definitiv“ aus.“ (Angela Merkel, dpa v. 09.05.2005) und „Eine höhere Mehrwertsteuer passt eben so wenig zur Programmatik der Union wie ein höherer Solidaritätszuschlag.“ (Edmund Stoiber, Welt am Sonntag v. 05.06.2005).

**CDU/CSU Antrag: Verbesserung der Maßnahmen zum Schutze  
der Kinder und Jugendlichen vor Alkoholsucht**  
Drs. 15/2646, 9.03.2004

- Ablehnung der Alkopopsteuer

**Bewertung**

*CDU/CSU stellen sich gegen die Steuererhöhung für Alkopos, mit der Kinder und Jugendliche geschützt werden sollen. Eine „Jugendschutzstreife“ ist die Idee der Opposition.*

**Zitat**

- *CDU/CSU sperren sich gegen Lösungen:*  
„Realitätsfremd und ohne Rücksicht auf Verluste wurde populistisch-aktionistisch die Sondersteuer erhoben.“ (Günter Krings/Julia Klöckner, Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion v. 04.08.2004)



### **3) Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Schwarz-Gelb mit Ideen von vorgestern**

#### **CDU/CSU Gesetzentwurf**

##### **Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich – Kommunales Entlastungsgesetz (KEG)**

Drs. 15/4532, 15.12.2004

- Sanierung der Kommunalfinzen auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, besonders behinderter Menschen und Menschen aus sozial schwachen Familien
- Widerspruch gegen eigene Anträge zur Verbesserung der Integration (Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2005 bis 2010, Drs. 15/5348, 19.04.2005)

#### **Bewertung**

*CDU/CSU betonen die besondere Stellung von Kindern, Jugendlichen und Familien für die Gesellschaft. „Die Zukunftschancen der jungen Generation sind eines der zentralen Themen der Union“, meinte CDU-Generalsekretär Volker Kauder bei seiner Vorstellungsrede. Mit dem „Kommunales Entlastungsgesetz“ machen CDU/CSU das Gegenteil. Bayern und die Unionsländer wollen einen jugendpolitischen Kahlschlag – gerade bei besonders Hilfebedürftigen. Was die Union wollte: Massive Kürzungen bei den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen, eine willkürliche Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage. Das Gesetz ist nicht nur unsolidarisch und unsozial, es nimmt nicht nur Teilhabechancen – es ist auch zu kurz gedacht: Frühzeitige Hilfe ist nachhaltiger und erheblich kostengünstiger. Wer heute Kinder und Jugendliche fördert, verhindert, dass diese keinen Schulabschluss erreichen können oder keine Ausbildung erreichen.*

#### **Zitat**

*Schöne Worte, doch die Anträge der Opposition sehen anders aus:*

*„Die Jugend will und braucht Zukunft. Die CDU/CSU-Fraktion bietet der Jugend Zukunft.“  
(Ingrid Marianne Fischbach, Rede im Deutschen Bundestag, 11.03.2005)*

#### **CDU/CSU Entschließungsantrag:**

##### **Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz - TAG)**

Drs. 15/4063, 27.10.2004

- Enthaltung bei wichtigem Ausbau der Tagesbetreuung, Widerspruch zur wiederholten Forderung nach Ausbau
- Im BayKiTag nur kostenneutraler Ausbau festgeschrieben

#### **Bewertung**

*Eine bessere frühkindliche Betreuung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das sind die Ziele des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Bis zum Jahr 2010 sollen 230.000 Kinder unter drei Jahren zusätzlich betreut werden können. 230.000 Kinder, für die CDU/CSU keine Verbesserungen wollten. Lange haben die Konservativen das Gesetzgebungsverfahren hinausgezögert. Ursprünglich sollte die Tagesbetreuung und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zusammen behandelt werden. Doch CDU/CSU haben taktiert und waren nicht zu Kompromissen bereit.*

## Zitate

- „Wir sind der Meinung, dass die Frage, wie jemand lebt, weitestgehend seine eigene Entscheidung ist. Wir wollen allerdings diejenigen unterstützen, die sich für Ehe und Familie entscheiden.“ (Angela Merkel, Die Zeit v. 26.06.2003)
- *Nur schöne Worte, aber keine konkreten Taten:*  
„Verstärkt werden wir uns auch um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf kümmern müssen. Hier hat die Union auch emotional noch Defizite.“ (Angela Merkel, FAZ-Sonntagszeitung v. 11.07.2004) *und* „Wir haben lange Zeit versäumt, das Thema Kinderbetreuung in Kitas, Kindergärten und Schulen ernst genug zu nehmen.“ (Christian Wulff, Stuttgarter Zeitung v. 16.04.2005).

## CDU/CSU Antrag:

### **Kein weiterer Arbeitsplatzabbau - Antidiskriminierungsgesetz verhindern**

Drs. 15/5019, 8.03.2005

- Keine Unterstützung für Opfer von Diskriminierung

## Bewertung

*Das Antidiskriminierungsgesetz untersagt und sanktioniert Diskriminierungen im Arbeits- und Zivilrecht. Es ist pragmatisch und bewegt sich eng entlang der EU-Vorgaben. Doch CDU/CSU geht der Entwurf zu weit – sie sehen zu unrecht eine neue Bürokratie und lehnen ab. Also keine Verbesserungen für Behinderte oder alte Menschen. Keine Verbesserungen für Menschen, die wegen ihrer Rasse, ihres Geschlechts oder ihrer Religion diskriminiert werden.*

## Zitat

- *Hilfe bei Diskriminierung ist für CDU/CSU nur Bürokratie:*  
„Drittens muss auf allen Gebieten Bürokratie abgebaut werden. Vor allem aber darf nicht neue Bürokratie aufgebaut werden, wie die Bundesregierung das mit ihrem Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz vorsieht.“ (Angela Merkel, Welt am Sonntag v. 01.05.2005)

## CDU/CSU Entschließungsantrag:

### **Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2005 bis 2010**

Drs. 15/5348, 19.04.2005

- Widerspricht Enthaltung TAG
- Widerspricht KEG

## Bewertung

*Verbesserungen für Kinder wünschen sich CDU/CSU – auch wenn Kinderpolitik bei ihnen nicht vorkommt und der Antrag ein familienpolitischer ist. Wo sie aber Farbe bekennen und Kinder unterstützen könnten, schlagen sich CDU/CSU in die Büsche: Sie stimmen dem Tagesbetreuungsausbaugesetz nicht zu. Mehr noch: Das von Bayern eingebrachte Kommunale Entlastungsgesetz ist ein kinder- und jugendpolitischer Kahlschlag.*

## Zitat

- *Fromme Wünsche, aber keine Ideen:*  
„Lassen Sie uns die Jugendlichen und die Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik stellen!“ (Julia Klöckner, Rede im Deutschen Bundestag, 11.03.2005).

**CDU/CSU Antrag:      Frauen und Männer beim Wiedereinstieg  
in den Beruf fördern**

Drs. 15/1983, 11.11.2003

- Widerspricht Enthaltung TAG
- Widerspricht Abbau von Qualifizierungsmaßnahmen der BA im Pakt für Deutschland

**Bewertung**

*Lauter Widersprüche bei CDU/CSU: Sie wollen Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in den Beruf fördern. Doch wenn sie die Möglichkeit dazu haben, machen sie es nicht.*

*CDU/CSU wollen die Mittel der Bundesagentur für Arbeit drastisch kürzen. Vor allem betroffen: Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen.*

*Das Tagesbetreuungsausbaugesetz verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und CDU/CSU? Stimmen nicht zu.*

**Zitat**

- *Angela Merkel gibt sich modern – handelt aber nicht so:  
„Wir müssen mit dem noch immer vorhandenen Vorurteil aufräumen, dass berufstätige Mütter Rabenmütter sind.“ (Angela Merkel, Stern v. 13.05.2004)*

#### 4) Bildung und Forschung: Schwarz-Gelb verhindert Innovationen

##### CDU/CSU Antrag:

##### **Konsequenzen aus dem Studiengebührenurteil für die Bildungs- und Hochschulfinanzierung des Bundes**

Drs. 15/4931, 22.02.2005

- Union will Studiengebühren
- Union will BAföG schmälern und damit Ausfallbürgschaften für Studienkredite finanzieren

##### **Bewertung**

*CDU/CSU versprechen Arbeitsplätze und Wachstum durch Einschnitte bei Arbeitnehmerrechten. Der richtige Weg ist ein anderer: Förderung von Bildung und Forschung, damit durch Innovationen neue Arbeitsplätze entstehen. Doch diesem richtigen Weg stellen sich Schwarz-Gelb entgegen: Sie fördern nicht die Schulen, Hochschulen und Forschung in Deutschland. Mit Studiengebühren verhindern sie, dass Talente entdeckt und gefördert werden.*

##### **Zitat**

- Frage: „Der Bund weigert sich, das Bafög in neue Studienfinanzierungsmodelle mit einzubeziehen. Wäre das ein anzustrebendes Reformprojekt im Falle eines Wahlsieges der Union im Bund 2006?“  
Antwort: „Ganz sicher, denn Studiengebühren und Studienfinanzierung müssen zusammen gesehen werden. ...“ (Annette Schavan, Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Die Welt v. 05.04.2005)

##### CDU/CSU Antrag:      **Forschungs- und Innovationsförderung für die Arbeitsplätze der Zukunft**

Drs. 15/5016, 8.03.2005 (ebenso 15/1696 und weitere)

- Widerspricht Blockade bei Abbau der Eigenheimzulage

##### **Bewertung**

*Forschungs- und Innovationsförderung klingt gut. Doch wer sich dem Abbau der Eigenheimzulage jahrelang in den Weg stellt, wer mit Studiengebühren junge Menschen am Studium hindert, wer den Ausbau von Ganztageschulen verzögert, macht sich nicht glaubwürdig. CDU/CSU stehen nicht für eine verlässliche Politik.*

##### **Zitat**

- *CDU/CSU stellen viele Forderungen – aber sie verhindern deren Umsetzung. Sie sperren sich, mehr Mittel für Forschung und Innovation zur Verfügung zu stellen – wie beim Abbau der Eigenheimzulage. Also bleiben solche Aussagen hohle Phrasen:*  
„Wir müssen in Europa wieder eine Spitzenrolle beim Wirtschaftswachstum spielen. Wir müssen mehr in Bildung und Forschung investieren. Wir wollen Marktführer in der Gentechnologie sein, in der Pharmaindustrie, in der Verkehrstechnik. Wir wollen in der Nanotechnik vorne sein.“ (Angela Merkel, Stuttgarter Zeitung v. 16.05.2003)

## 5) Gesundheit und soziale Sicherung: Schwarz-Gelb unsozial und ungerecht

### CDU/CSU Antrag:

### Wirkungen und Nebenwirkungen des GKV-Modernisierungsgesetzes Kritische Bestandsaufnahme

Drs. 15/4135, 9.11.2004

- Kleine Kopfpauschale beim Zahnersatz

### **Bewertung**

*Die kleine Kopfpauschale beim Zahnersatz sollte der Einstieg in die Kopfpauschale im gesamten Gesundheitssystem sein. Sie ist ein Modell voller Ungerechtigkeiten, Ungenauigkeiten und Finanzierungslücken. Die Kopfpauschale belastet schwächere Einkommen. Gleichzeitig sinkt der Arbeitgeberanteil nicht, sondern wird nur gedeckelt. Millionen von Versicherten werden zu Zuschussempfängern, dies gilt vor allem in den neuen Bundesländern. Zukünftige Kostenentwicklungen werden alleine von den Versicherten getragen. Kassen, Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler stellen sich gegen das Modell. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn kritisiert den Kompromiss. Auch die Kassen sind dagegen. Der DGB kritisiert das Modell als „unverantwortlich“. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nannte das Modell der Union „völlig inakzeptabel“ und einen „faulen Kompromiss“. Woran man sich schon fast gewöhnt hat: Die Finanzierung ist nicht gesichert. Niemand weiß, wo das Geld herkommen soll: Es fehlen 20 Milliarden Euro.*

### **Zitate**

*Kritik aus den eigenen Reihen an der Kopfpauschale:*

- „Der jetzige Kompromiss würde das klare Steuerkonzept durch ein wirres Gesundheitskonzept kaputtmachen“ (Kurt Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, Handelsblatt v. 15.11.2004)
- „Der Kompromiss ist so schlecht, dass niemand von mir verlangen kann, dass ich ihn mittrage“ (Horst Seehofer, laut dpa v. 16.11.2004)
- „Worin soll eigentlich der Vorteil dieses Mischmasch liegen? Wer soll das begreifen? Ich sage, das darf nicht wahr werden“ (Michael Rogowski, damaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, laut ddp v. 12.11.2004)
- „Ich fordere ... CDU und CSU nachdrücklich auf, von dem vorgesehenen Mischsystem die Finger zu lassen.“ (Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ARD – Tagesschau – v. 15.11.2004)
- „... Klar war uns zudem immer, daß die Finanzierung der Gesundheitsprämie noch nicht ausreichend gesichert war ...“ Frage: „... dazu wollen Sie doch die Spitzensteuer statt auf 36 nur auf 39 Prozent senken.“ „... ja, aber daraus kommen nur sieben Milliarden Euro für die Finanzierung der Gesundheitsprämie für die Kinder. Insgesamt brauchen wir aber 13 Milliarden.“ (Angela Merkel, Die Welt v. 13.07.2005)

### CDU/CSU Gesetzentwurf:

### Existenzgrundlagengesetz

BT-Drs.15/1523 vom 08.09.2003

- Hessisches Modell zur Reform des Bundessozialhilfegesetzes und Verhandlungsgrundlage der Union im VA zu Hartz IV
- Schwerpunkte: Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im EGG: Transferleistungen nur noch im Austausch mit einer Gegenleistung des Hilfeempfängers, Verpflichtung zu kommunaler Beschäftigung, keine Einbeziehung in Sozialversicherung, kein Kinderzuschlag, dauerhafte Niedriglohnsübsventionierung

**Bewertung:**

*CDU/CSU setzen auf eine bürgerunfreundliche Doppelbürokratie: Versicherungsleistungen bei der BA, Fürsorgeleistungen bei den Kommunen. Der Finanzierungsvorschlag ist verfassungswidrig, weil der Bund zwei Drittel der Ausgabenlast für die Leistungen für erwerbsfähige Leistungsempfänger tragen soll, ohne selbst steuernd eingreifen zu können. Auch die Bindung der Transferleistungen an Gegenleistungen wie z.B. kommunale Arbeit steht der Verfassung entgegen, weil sie einem „Arbeitszwang“ gleichkommt. Das Allheilmittel „kommunale Beschäftigung“ einhergehend mit der Verpflichtung der Kommunen, Arbeitsgelegenheiten – auch bei Dritten – zu schaffen, ist fragwürdig, denn es führt zwangsläufig zur Verdrängung regulärer Arbeitsplätze.*

*Das Anreizsystem aus Lohnfreistellung, Lohnzuschlägen und Freibeträgen für Erwerbstätige mit beschränktem Leistungsvermögen ist weder für Arbeitgeber noch Arbeitnehmer durchschaubar, vermindert in einigen Bereichen die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und führt zu Lohndumping.*

**Zitate**

*Roland Koch zu seinem Modell:*

- „Stärker als bisher wird vom Sozialhilfebezieher die Pflicht zur Erwerbsarbeit eingefordert. Menschen, die im regulären Arbeitsmarkt zunächst keine Arbeit finden, soll eine kommunale Beschäftigung angeboten werden, die in Höhe der bisherigen Sozialhilfe entlohnt wird. Bei der Ablehnung eines Beschäftigungsangebots sind Sanktionen vorgesehen, bis hin zur vollständigen Streichung des Sozialhilfe-Regelsatzes. Bei fortgesetzter Weigerung wird die Sozialhilfe noch stärker gekürzt.“ (Der Tagesspiegel v. 11.08.2003)

## 6) Europa und Verteidigung: Schwarz-Gelb nicht verlässlich

### CDU/CSU Antrag:

### Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei

Drs. 15/3949, 19. 10. 2004

- privilegierte Partnerschaft

### **Bewertung**

*Ein glaubwürdiges Angebot der Union an die Türkei wäre wünschenswert. Der Zickzack-Kurs von CDU/CSU in ihrer Türkeipolitik ist alles andere als glaubwürdig.*

*Jahrelang machte sich die Kohl-Regierung für eine EU mit der Türkei stark, dann kommt der taktische Kurswechsel um 180 Grad. Der Kurswechsel disqualifiziert die CDU/CSU außenpolitisch, Zusagen und Verträge müssen eingehalten werden. Eine verlässliche Außenpolitik gibt es mit CDU/CSU nicht.*

### **Zitate**

- *Schon im November 1997 sagte Helmut Kohl:*  
„...dass wir, die Bundesrepublik Deutschland, sehr damit einverstanden sind, dass die Türkei in der Perspektive der Zukunft eine Chance hat, der Europäischen Union beizutreten.“ (Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 102, 17.12.1997)
- *Und Michael Glos sagte noch 1997:*  
„Es ist nicht nur im deutschen, sondern im europäischen Interesse, die Türkei an Europa zu binden. Es dient nicht europäischen Interessen, wenn die Türkei auf ihrem Weg nach Europa durch Übertaktieren vor den Kopf gestoßen wird. Am Ziel darf es keinen Zweifel geben: Es ist vor allem im deutschen Interesse, die Türkei in Europa zu sehen.“ (Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe v. 17.12.1997)
- *Andere Töne ließ Michael Glos 2004 verlauten:*  
„Ein EU-Beitritt der Türkei hätte fatale Folgen für Europa und für Deutschland. Wenn die EU ihre Integrationstiefe behalten will, dann darf sie keine Beitrittsgespräche mit einem so andersartigen, großen, agrarisch strukturierten und größtenteils außereuropäischen Land wie der Türkei aufnehmen.“ (Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe v. 26.10.2004)

### CDU/CSU Gesetzentwurf:

### Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)

Drs. 15/2649, 9.03.2004

- Einsatz der Bundeswehr im Innern ermöglichen

### **Bewertung**

*Die Bundeswehr ist für Kampfeinsätze im Ausland zuständig, die Polizei für die Sicherheit im Inland. So steht es im Grundgesetz. Die Union möchte die Bundeswehr auch im Innern einsetzen. Dies ist nur im Notfall und für den Katastrophenschutz erlaubt. Denn die Bundeswehr ist keine Hilfstruppe der Polizei.*

### **Zitat**

- „Die Situation hat sich verändert und ich bin fest davon überzeugt, dass auch die Bundeswehr einen vernünftigen und einen guten Beitrag bei der Herstellung der inneren Sicherheit leisten kann.“ (Peter Müller, DLF – Informationen am Morgen v. 11.07.2005)